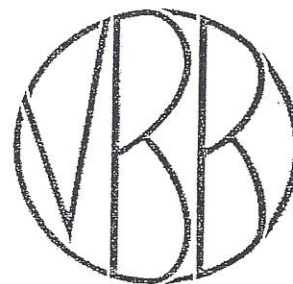


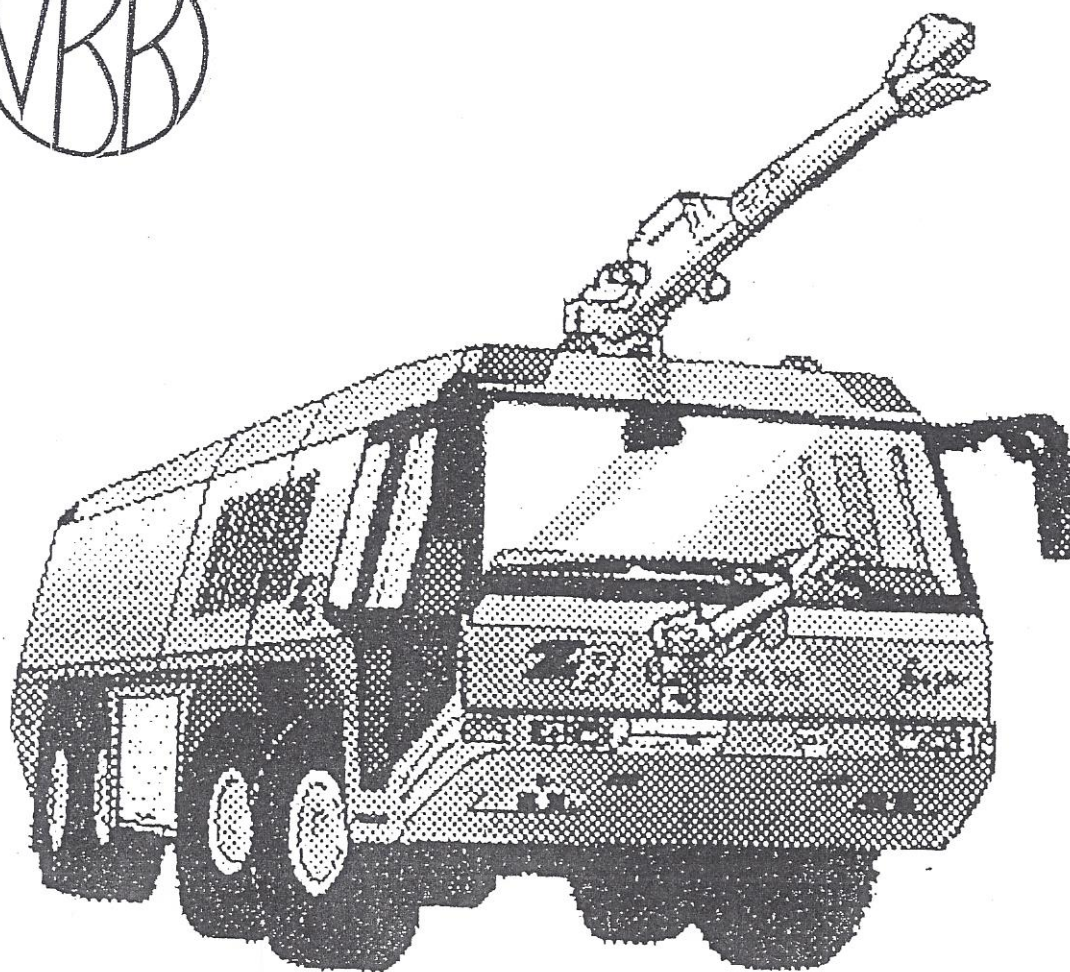
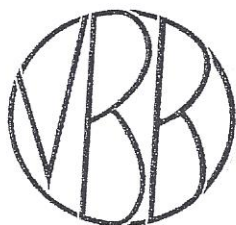
Info 112



Info 112 ist eine Publikation des VBB zur Unterrichtung der im VBB organisierten Beamten der Bundeswehrfeuerwehren. Verantwortlich: Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB)
Baumschulallee 18a, 53115 Bonn, Tel. 0228- 38927-0, Fax: 0228- 63 99 60, Mail@vbb-bund.de

XI-2013

**Zukunft sichern -
Perspektiven schaffen**



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

I. Arbeitszeit im Schichtdienstbetrieb der Bw-Feuerwehr

Der HPR hat das Beteiligungsverfahren **noch nicht** abgeschlossen.
Zwischenzeitlich wurde auch von Seiten des BMVg ein überarbeiteter Entwurf vorgelegt.

Es sind hierzu zahlreiche Fragen gestellt worden; die Antworten des BMVg wollen wir Ihnen nicht vorenthalten (s. hierzu Anlage 1).

Probleme gibt es weiterhin zum Thema § 3 AZV (Reduzierung der Arbeitszeit um 1 Stunde). Das Ministerium hat sich mit dem BMI abgestimmt und vertritt nachfolgende Auffassung:

„Bislang konnte auf Antrag die zu leistende Regelarbeitszeit von durchschnittlich 41 Wochenstunden aus den in § 3 Abs. AZV¹ genannten Gründen auf 40 Wochenstunden verkürzt werden. Der im Schichtdienstbetrieb der Bundeswehr-Feuerwehr anfallende hohe Anteil an Bereitschaftsdienst blieb bislang bei der Festlegung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit (contra legem) unberücksichtigt.

Für das Dienstrecht des Bundes sind die einheitlichen Vorgaben des Bundesministeriums des Innern maßgeblich. Im Bereich der Arbeitszeit ist u.a. die AZV zwingend zu beachten. Zum Dienst i.S.d. Arbeitszeitrechts gehören dem Grunde nach auch Dienste, die nicht der unmittelbaren Erledigung der zur Aufgabenerfüllung gehörenden Tätigkeiten dienen und deren Schwerpunkt im bloßen Bereithalten in der Dienststelle besteht (Bereitschaftsdienst). Jedoch hat der Dienstherr der deutlich geringeren Beanspruchung der Beamten während des Bereitschaftsdienstes in § 13 AZV Rechnung getragen und die angemessene Verlängerung der Arbeitszeit entsprechend den dienstlichen Bedürfnissen bis zur Grenze von 48 Wochenstunden vorgesehen.

Mit Blick auf den erheblichen Anteil an Bereitschaftsdienst im Schichtdienstbetrieb der Bundeswehr-Feuerwehr von ca. 1/3 der Gesamtarbeitszeit wurde im neuen Arbeitszeiterlass die Arbeitszeit der im Schichtdienst beschäftigten Feuerwehrbeamten auf 48 Stunden im Wochendurchschnitt angehoben. Mit der notwendigen Anhebung der Wochenarbeitszeit ist auch die nach § 3 Absatz 1 AZV mögliche Verkürzung „... auf 40 Stunden ...“ nicht mehr einschlägig.

Für die von § 13 AZV erfassten Bereitschaftsdienstmodelle, bei denen während des Bereitschaftsdienstes von einer deutlich geringeren Beanspruchung des Beamten auszugehen ist, hat der Verordnungsgeber ein **Ermessen zur Reduzierung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit** aus familienpolitischen Gründen - im Gegensatz zur Regelung für die Beamten ohne erheblichen Bereitschaftsdienstanteil - **gerade nicht eingeräumt**. Im Lichte der im Feuerwehrdienst der Bundeswehr bei einem Bereitschaftsdienstanteil von ca. 1/3 zu erwartenden wöchentlichen Dienstzeit von ca. 16 Stunden, die im Bereitschaftsmodus verbracht werden, würde seitens des Dienstherrn für eine solche Regelung auch kein Bedürfnis erblickt.

Deshalb ist für Beamtinnen und Beamte im Schichtdienst der Bundeswehr-Feuerwehr seit der Umsetzung der Maßgaben der AZV zu Bereitschaftsmodellen eine Möglichkeit der Reduzierung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit aus sozialen Gründen nicht mehr gegeben.“

Hier bahnt sich bereits eine gerichtlichen Auseinandersetzung an.

¹ Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes

II. Freizeitausgleich für geleistete Mehrarbeit im feuerwehrtechnischen Schichtdienstbetrieb

Wie bereits im VBB-Magazin „Der Bundeswehrbeamte“, Ausgabe Juli/August 2013, Seite 5 bis 6 und in der Info 112, IX 2013, Ziffer 3 veröffentlicht, ist nach dem inzwischen rechtskräftigen Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz - 2 K1051/12.KO - vom 12. Juni 2013 ein Freizeitausgleich für geleistete Mehrarbeit im feuerwehrtechnischen Dienst unter bestimmten Umständen möglich. Hierzu bedarf es aber eines entsprechenden Antrages der betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Als Hilfestellung haben wir hierfür das nachstehende Muster entwickelt, das wir Ihnen für einen eventuellen Antrag zur Verfügung stellen.

Muster

Ich beantrage, mir für die seit dem (bitte Datum einfügen) in Form von Bereitschaftsdienst geleistete, mehr als fünf Stunden pro Monat über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Mehrarbeit einen Freizeitausgleich in voller Höhe zu gewähren, soweit für die entsprechenden Zeiten nicht bereits eine Mehrarbeitsvergütung gewährt wurde.

Ich verweise hierzu - auch hinsichtlich der Frage der Verjährung - auf das rechtskräftig ergangene Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz - 2 K1051/12.KO - vom 12. Juni 2013 das sich auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts 2 C32/10 vom 29. September 2011 beruft.

Hinsichtlich der in § 88 Satz 2 Bundesbeamtengesetz (BBG) genannten Jahresfrist für den Dienstzeitausgleich verweise ich auf den Beschluss des Obergerichts Lüneburg - 5 LB34/13 vom 30. Juli 2013.

III. Abordnung und Opt-out

Zu Irritationen führte der Hinweis des Zentrums für Brandschutz:

„Bei unabweisbarer dienstlicher Notwendigkeit (weil sonst Schließungen einer Dienststelle drohen und der Auftrag nicht mehr erfüllt werden kann), werde ich Abordnungen bewusst aus dem Kontingent der 48h-Diensttuer (also nicht Opt-out-Leister) vornehmen.“

Hierzu ist eine Korrektur - nach Einschaltung des BMVg - vom 06.11.2013 zu vermelden:

„Notwendige Abordnungen erfolgen nach dem Prinzip der Freiwilligkeit, ggf. nach dienstlichen und sozialen Aspekten. Die Opt-out-Bereitschaft spielt keine Rolle.“

Das ZBrdSchBw hat die Adressaten des E-Mails entsprechend informiert.

IV. Wahl der Personalvertretungen im Bereich Zentrum Brandschutz der Bw

Begleitet/organisiert werden die Wahlvorbereitungen für den VBB durch den Landesverband Bayern des VBB. Es sind örtliche und ein Gesamtpersonalrat (GPR) zu bilden. Größe des GPR ca. 18 bis 20 Personalvertreter. Es werden noch Kolleginnen/Kollegen gesucht, die bereit sind sich als Kandidatinnen/Kandidaten zur Verfügung zu stellen.

Bitte das als Anlage beigefügte Personalblatt benutzen.

Ansprechpartner ist: Lothar Breunig, c/o WTD 61 - Manching, Tel.: BwKz 6601 2530, Fax: BwKz 6601 2043, Email: LotharBreunig@bundeswehr.org

Was darf/macht der GPR ?? - Dazu in der Anlage eine kleine „Handreichung“ zu dem Thema.

V. Transall bleibt am Boden

Für Schlagzeilen in den regionalen und überregionalen Medien sorgte der Hinweis des LTG 62, wonach mit Einschränkungen des Flugbetriebes im Zusammenhang mit der Arbeitszeit der BwFeuerwehr in den nächsten Wochen zu rechnen ist. Ähnliches ist in anderen Verbänden ebenfalls nicht unbekannt. Die Lösung sucht man auf dem bekannten Weg: Es muss berichtet werden